

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerkosten monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gewöhnliche Zeitspalt mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 300.

Dresden, Dienstag den 28. Dezember 1915.

26. Jahrg.

Ein französischer Vorstoß am Hirzstein. — Der französische Sozialistenkongreß. Die Rüstungen in Saloniki. — Griechisch-bulgarische Verständigung?

Ein unzeitgemäßes Programm und ein Problem.

Die Kapitalisten sind mit dem Kriege zufrieden, wenn sie nach Friedensschluß bessere Geschäfte als vormals machen können. Daher ihr ganzes Streben, der Industrie und dem Handel mit allen Mitteln auch nach dem Kriege einen großen Absatzmarkt zu sichern.

Als Wortführer einer kleinen, aber einflussreichen und rührigen Gruppe von Industriellen in Rheinland-Westfalen tritt Dr. Hermann Schumacher, Professor an der Bonner Universität, in einer kleinen, interessanten Schrift „Rechtbegünstigung und Zollunterwerfung“ auf.

Der Verfasser bekennt sich als Verteidiger und Jünger nüchternen Realpolitikers. Er betrachtet den Krieg als handelspolitischen Machtfaktor und den Sieg als Argument bei Handelsvertragsverhandlungen. Das war nicht die Ansicht des Fürsten Bismarck, der am 12. Mai 1871 dem Reichstag den Abschluß des Frankfurter Friedens mitteilte und dabei sagte: „Es ist mit Erlaubnis nicht tunlich, im internationalen Verkehr zwischen großen Völkern einen Handelsvertrag zu einer durch Krieg erkämpften Bedingung zu machen, die der Souveränität eines großen Volkes unter Beschränkung seines Gesetzgebungsrechtes auferlegt würde. Ich habe deshalb nicht darauf bestanden, und glaube nicht, daß die Maßregeln drakonisch gewesen wären. Ramentlich habe ich befürchtet, daß sie eine so starke Verlesung des nationalen Gefühls enthielte, daß sie später den Frieden frühzeitig beeinträchtigen würde.“

Was schlägt Schumacher vor?
Zunächst das, was Fürst Bismarck zu vermeiden für klug und nützlich gehalten hat. Schumacher will die Rechtsstellung, die der Krieg geschaffen hat, aber nicht auszunutzen gestattet, in die Friedenszeit projizieren. Dazu kennt er neben kleineren Druckmitteln Tariffreihaltung und Zollunterwerfung nach der Grenze, der Herkunft der Seeschiffe, dem politischen Verhalten während des Krieges und nach der Kündigung des Krieges.

Die Tariffreihaltung wird damit entschärft, daß sie der genauen Abgrenzung jedes zollpolitischen Zustandes und der Schaffung von Kompenzationsobjekten dient. Das ist zwar ein Vorteil. Der Effekt aber ist, daß sich jeder Staat auf die Spezialisierung verlegt — Frankreich ist Deutschland in diesem eifrigen Wettstreit prompt gefolgt — und daß die gegenseitigen Zustände auf immer kleineren Umfang zusammenzusinken. So wirkt die Tariffreihaltung hochschutzzollnerisch.

Aber schließlich ist jedes Land in seiner Tarifstellung völlig selbständig. Spezialisiert Deutschland seinen Tarif, so hat z. B. England sein Einfuhrrecht, sondern kann nur leistungsmäßig mit ähnlichen, d. h. schutzollnerischen, Gesetzen antworten. Selbst wenn Deutschland, wie Schumacher will, höhere Zölle als Randzölle einführt, so ist das keine Sache. Gerade bei diesem Vorschlag offenbart sich die völlige geistige Abhängigkeit Schumachers von den reinlich-wirtschaftlichen Interessenten. Für die deutsche Wirtschaft ist ein derartiger Vorschlag, der die deutsche Seeschifffahrt totschlägt und ein ausländisches Frachtmittel schafft, unannehmbar. Aber so weit kann der blinde Haß gegen England und die englische Einfuhr zur See gehen!

Damit will sich aber Schumacher nicht begnügen. Auch Frankreich soll im Friedensvertrage zur Erhebung höherer Zölle gezwungen werden, damit die deutsche Einfuhr die englische leichter und rascher von der ersten Stelle vertreiben könne. Die bloße Erklärung der Rechtbegünstigung für deutsche Waren genügt in Frankreich nicht. Außer der Unterwerfung zwischen See- und Landzöllen soll Frankreich die Bedingung auferlegt werden, daß seine Einfuhrzölle im ganzen oder im einzelnen für Deutschland besonders wichtigen Posten eine bestimmte Höhe nicht übersteigen dürfen, bis ein Tarifvertrag in Kraft tritt und sobald er wieder fortfällt, ein Tarifvertrag für Deutschland ein ständiges wirtschaftspolitisches Druckmittel erwerben, indem durch die Unterwerfung in der Geltungsbauer die Entziehung der Rechtbegünstigung für Waren möglich wird, die für den Kampfzweck sorgsam ausgewählt sind. Mit dem deutsch-russischen Handelsvertrag ist Schumacher zufrieden. „Diesen russischen Handelsvertrag ist Schumacher natürlich von alten Vertrag kann der Wille des Siegers natürlich von neuem in Kraft setzen. Ja, wenn es sich nur um wenige Zollstellen handelt und man im voraus genau weiß, was man stellen will, kann er vielleicht auch einzelne Verbesserungen ohne nennenswerte Verzögerungen erzwingen.“ Schließlich denkt

(M. L. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 28. Dezember 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Durch das Feuer eines feindlichen Monitors wurden in Westende-Bad drei Einwohner, darunter zwei Frauen, getötet. An der Front entwickelten sich zeitweise lebhaftere Artillerie-, Panzergeschütz- und Minenkämpfe.

Am Hirzstein erfolgte heute früh ein französischer Vorstoß; nähere Meldungen liegen noch nicht vor.
Kaiser Jugoslawen auf dem Bahnhofe Saffons wird von unserer Artillerie beschossen. Die Franzosen haben seit kurzem

Schwerer Eisenbahnunfall.

† Polen, 28. Dezember. Erste morgen um 3 Uhr 40 Minuten entgleiste ein von Berlin kommender Militärtransportzug bei der

das in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes liegende Hospital aufsteigend zum Schutze des Bahnhofes mit Rot-Kreuz-Flaggen versehen. Zufallstreffter auf das Hospital sind bei der Nähe desselben zum Bahnhofe nicht ausgeschlossen.

Westlicher Kriegsschauplatz:

An der Vereina sowie nordwestlich von Czortowitz und bei Bereznany wurden russische Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Die Lage ist unverändert.
Oberste Heeresleitung.

Durchfahrt auf Bahnhof Sentschen. Von den Urlaubern und dem Begleitpersonal wurden 19 getötet und 47 verwundet. Der Schaden ist bedeutend.

Schumacher zum Schaden des englischen Zwischenhandels an die höhere Belastung der indirekten Fahrt, d. i. der Fahrt aus einem anderen als dem Ursprungsland, etwaigenfalls auch an die Bevorzugung der Schiffe des Ursprungs- oder Bestimmungslandes.

Der liebe Gott hat beigeiten gelorgt, daß nicht alle Bäume in den Himmel wachsen. Die Vereinigten Staaten, die in den Auseinandersetzungen über den Unterseebootkrieg sich so energisch gezeigt haben, werden sich niemals einer handelspolitischen Gewaltpolitik beugen, die sie schädigt. Sie haben nicht nur großen Einfluß als Käufer deutscher Waren, sondern auch als Rohstofflieferant, die Deutschland durch Sperrung von Zufuhren im Frieden empfindlicher treffen können als jetzt, da die Gesetze der Weltwirtschaft und des Weltmarktes für Deutschland aufgehoben scheinen. Aber auch England, von dem Schumacher selbst nicht glaubt, es werde den Frieden um jeden Preis machen, hat als bedeutendster Käufer Deutschlands und Erzeuger notwendiger Rohstoffe ein gewichtiges Wortlein mitzureden. So dürfen die Schumacherischen Vorschläge zum guten Teil als undurchführbar und illusionär disqualifiziert werden.

Aber damit ist es nicht genug und deshalb haben wir uns nicht so ausführlich mit der Schrift eines in weiten Kreisen unbekanntem Professors befaßt: wir fürchten vielmehr, daß sich die chauvinistischen Journalisten des Bierverbandes mit sicherem Geistesinstinkt auf die Broschüre Schumachers stürzen und sie ähnlich wie das im Ausland, leider nur im Ausland bekannte Innenministerium einiger Wirtschaftsbünde zur Aufpeitschung aller Volkseidenschaften benutzen. Wie werden Romoje Brenzja und Temps um die Wette schreiben: „Hier ist für die letzten Ungläubigen der schlagende Beweis, daß Deutschlands Heere ausgezogen sind, Frankreich und Rußland in deutsche Wirtschaftsprotectorate zu verwandeln.“

Doch darf diese scharfe Ablehnung kapitalistisch-egoistischer Vorschläge nicht darüber täuschen, daß Schumacher an ein wichtiges Problem rührt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Feinde Deutschlands im Waffenfrieden einen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland führen, um so zu gewinnen, was ihnen im Waffenkrieg verlagert geblieben ist. Töricht wäre es, diese Aussicht für sicher zu nehmen und dieses Schreckgespenst immer spuken zu lassen. Aber die Möglichkeit, wie manche wollen, auch die Wahrscheinlichkeit eines Wirtschaftskrieges ist schlechterdings nicht zu bestreiten.

Es würde sich schon jetzt für die Sozialdemokratie eine genaue und eindringliche Prüfung aller Abwehrmittel empfehlen, die den deutschen Außenhandel und damit die Arbeitslosigkeit des deutschen Proletariats vor handelspolitischen Angriffen sichern. Aber umgekehrt dürfen die schutzollnerischen Strömungen in allen freizügigeren Ländern nicht gefördert werden, soll endlich die Arbeit die Länder der unglücklichen Erde verbinden und blutiger Haß erlöschen.

Der französische Sozialistenkongreß.

Ueber den Verlauf des Kongresses der französischen Sozialisten liegen bisher nur kurze und unklare Nachrichten vor.

Wie das Wolffsche Bureau mitteilt, mochten der Tagung dem Albert Thomas auch Herod und der belgische Minister Vandervelde bei. Der Deputierte Braque forderte die Wiederernennung eines einzigen politischen Leiters als Ersatz für Jaurès. Die Generalabstimmung

bedachte sich um die Partei in ihrer Stellung zum Kriege. Der Deputierte Compère-Morel besprach die Frage unter dem Gesichtspunkt, daß die Partei, wie unter Jaurès und Vallant, die Teilnahme an der nationalen Verteidigung immer als ihre Pflicht ansehen müsse. Der Redner verwies auf die Scheidung der Partei in Leute, die den Frieden durch den Sieg wollen, und solche, die nicht mehr glauben, daß der Sieg erzwungen werden könne. Zum Schluß rief er aus: „Sie, die Sie von Frieden sprechen, werden der Reaktion vorarbeiten. Sie würden den schrecklichsten Schlag gegen die Republik führen und gegen die nationale Verteidigung. Andernfalls werden Sie für den Sieg der Alliierten streiten. Kämpfen Sie für die soziale Revolution!“ Der folgende Redner forderte eine Organisation der nationalen Verteidigung, die Entsendung parlamentarischer Kommissare zu den Hercegovinen und die Bildung eines Komitees für das öffentliche Wohl. Souderon forderte das Recht der Zusammenkünfte mit deutschen Sozialisten unter dem Hinweis, daß schon vor der Zimmerwalder Konferenz die Deputierten Renaudel und Longuet mit Bernstein und Kautsky zusammenkamen. Er verlangte die Notwendigkeit für diese Zusammenkünfte zu wissen, sowie, wer der Urheber davon war. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß, unter Billigung oder nicht, er und seine Freunde ihre Werk fortsetzen würden.

Dem Zeit Pariser zufolge formulierte Compère-Morel die Frage betreffend den Frieden folgendermaßen: Wenn die Alliierten über militärische, finanzielle und wirtschaftliche Mittel verfügen, um die nationale Verteidigung zum guten Ende zu führen, nicht von Frieden oder von Friedensverhandlungen. Wenn nicht, sofort Frieden oder wenigstens nicht die Ohren verschließen vor Friedensgerüchten.

Der bulgarische Vormarsch gegen Saloniki freigegeben?

Nach Meldungen aus Sofia ist die bisherige Eisenbahnverbindung zwischen Bulgarien und Griechenland unterbrochen. Auch der Post- und Telegraphenverkehr befindet sich seit längerer Zeit in englischen Händen. In Saloniki selbst nehme das Elend immer mehr zu, die meisten Lebensmittel seien ausgegangen, und die Preise erlitten eine schwindelnde Höhe. Die Lage werde abendwärts durch die Ankunft zahlreicher serbischer Flüchtlinge erschwert, obwohl man mit ihrem Abtransport nach Italien begonnen habe.

An der Frage, ob die Bulgaren griechisches Gebiet betreten dürfen, soll sich jetzt die griechische Regierung im Namen Bulgariens erklärt haben. Die Sozialisten Zeitung Korodni Brova teilt mit:

Die griechische Regierung ließ durch ihren Sozialisten Gesandten der bulgarischen Regierung mitteilen, daß Griechenland nichts dagegen habe, wenn bulgarische Truppen griechisches Gebiet betreten, wenn dies im Interesse der militärischen Operationen unumgänglich notwendig sei. Ministerpräsident Radoslawow nahm diese Erklärung dankend zur Kenntnis und betonte, die bulgarischen Truppen auf griechischem Gebiet werden nicht nur die griechischen Interessen nicht durchkreuzen, sondern im Gegenteil ihnen zum Vorteil gereichen.

Das Athener Blatt Nairi berichtet, italienischen Berichten zufolge, daß zwischen den Regierungen des Bundes und Griechenland ein Abkommen getroffen wurde, das für den Fall der Verfolgung der französischen Truppen gegen Saloniki die Unverletzlichkeit des griechischen Gebietes sicherstellt.